

II-2349 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XI. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

Zl. 50.919-2b/69

1082 /A.B.
zu 1109 /J.Präs. am 26. Feb. 1969

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
SCHLAGER und Gen. an den Bundeskanzler
betreffend ein Rundschreiben des Bundes-
kanzleramtes über Vorlagen an gesetzge-
bende Organe des Bundes und Publikationen
im Bundesgesetzblatt.

Zu Zl. 1109/J-NR/1969

An den
Präsidenten des Nationalrates

in W i e n*Josef* I.

Die Abgeordneten SCHLAGER und Genossen haben in der Sitzung
des Nationalrates am 12. Feber 1969 unter Nr. 1109/J die folgende
schriftliche Anfrage an mich gerichtet:

"Welchen Wortlaut hat das Rundschreiben des Bundes-
kanzleramtes vom 6. Mai 1968, Zl. 92.077-2b/68?"

II.

Gemäß § 71 Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1961, BGBl.
Nr. 178, betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates, be-
ehre ich mich hiemit, eine Abschrift des in der Anfrage genann-
ten Rundschreibens zu überreichen.

Beilage

20. Feber 1969
Der Bundeskanzler:

Klein



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

Zl. 92.077-2b/68

Vorlagen an die gesetzgebenden
Organe des Bundes und Publikationen
im Bundesgesetzblatt.

An

alle Bundesministerien
gesondert an das Bundesministerium für Verkehr und
verstaatlichte Unternehmungen (Generaldirektion für
die Post- und Telegraphenverwaltung), an das Bundes-
ministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmun-
gen (Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen)
sowie an alle Sektionen und Abteilungen des Bundeskanzler-
amtes.

In jüngerer Zeit gewonnene Erfahrungen zeigen, daß in der
Frage der formellen Vorgangsweise bei der Übermittlung von Re-
gierungsvorlagen und Verordnungen (Kundmachungen) an das Bundes-
kanzleramt zum Zwecke der Einbringung in den Nationalrat bzw. zur
Verlautbarung im Bundesgesetzblatt verschiedentlich Unklarheiten
bestehen oder die den Gegenstand betreffenden einschlägigen ho-
Rundschreiben außer Evidenz geraten sind. Angesichts dieses Um-
standes beehrt sich das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, die
diesbezüglichen Richtlinien im Interesse der Übersichtlichkeit in
teilweiser Abänderung und Ergänzung seiner bisher in der Angelegen-
heit ergangenen Rundschreiben wie folgt zusammenzufassen:

I.

Regierungsvorlagen

1) Von Regierungsvorlagen (Entwürfen von Bundesgesetzen und nach
Art. 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes zu behandelnden Staatsver-
trägen) sind nach der Beschlußfassung der Bundesregierung über der-
artige Vorlagen und nach Durchführung allenfalls im Ministerrat be-
schlossener Änderungen (Ergänzungen) zum Zwecke der Einbringung in
den Nationalrat vom zuständigen Bundesministerium bzw. von der zu-
ständigen Abteilung des Bundeskanzleramtes Ausfertigungen in fol-
gender Anzahl anher zu übermitteln:

5 Ausfertigungen der Regierungsvorlage und

5 Ausfertigungen der Erläuternden Bemerkungen

- 2 -

Verordnungen (Kundmachungen),
die der Zustimmung des Haupt-
ausschusses des Nationalrates
bedürfen

2) Von Vorlagen (Verordnungen, Kundmachungen), die zum Zwecke der Einholung der Zustimmung dem Hauptausschuß des Nationalrates vorzulegen sind, sind - soweit die Einbringung nicht kraft besonderer bundesgesetzlicher Anordnung dem zuständigen Bundesministerium obliegt (vgl.z.B. § 108f Abs.3 des ASVG.) - in folgender Anzahl anher zu übermitteln:

60 Abdrucke der Vorlage und

60 Abdrucke der Erläuternden Bemerkungen.

Staatsverträge mit fremd-
sprachigen Texten

3) Soweit es sich in den Fällen des P. 1 um nach Art.50 des B.-VG. zu behandelnde Staatsverträge handelt, die neben der deutschsprachigen Fassung (bzw. Übersetzung) auch dem Nationalrat vorzulegende und letztlich kundzumachende fremdsprachige Texte (Fassungen) aufweisen, wären neben der in fünffacher Ausfertigung zu übermittelnden deutschsprachigen Fassung (bzw. Übersetzung) je

5 Ausfertigungen auch der erwähnten fremdsprachigen
Textfassungen

zu übersenden.

Sonderfälle (Herstellung
der "Gesamtauflage")

4) Gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes BGBl.Nr.178/1961 betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates können Regierungsvorlagen nur dann einem Ausschuß zugewiesen werden, wenn sie an die Abgeordneten verteilt worden sind. Da die Verteilung aber voraussetzt, daß die Vorlage durch die Parlamentsdirektion bereits in Druck gelegt worden ist, muß die betreffende Regierungsvorlage daher durch das Bundeskanzleramt so zeitgerecht dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden, daß die Vorlage noch vor der Sitzung des Nationalrates, in der sie einem Ausschuß zur Beratung zugewiesen werden soll, in Druck gelegt werden kann.

Sollte sich - wobei von der im folgenden beschriebenen Vorgangsweise allerdings ein möglichst sparsamer Gebrauch zu machen wäre - a u s n a h m s w e i s e der Fall ereignen, daß Regierungsvorlagen noch an dem der Beschlußfassung durch die Bundes-

- 3 -

regierung folgenden Tag im Nationalrat eingebracht werden müssen, so wäre zunächst schon vor der betreffenden Sitzung der Bundesregierung im kurzen Wege mit dem Bundeskanzleramt (Amtsrat ORLICEK, Tel. 63 56 31 Kl.261) das Einvernehmen herzustellen um solcherart sicherzustellen, daß die Parlamentsdirektion von der bevorstehenden Übermittlung der Regierungsvorlage in Kenntnis gesetzt und das Nötige veranlaßt werden kann. Nach der Beschlußfassung durch die Bundesregierung wäre die dem Beschluß des Ministerrates entsprechende Vorlage umgehend dem Bundeskanzleramt in fünffacher Ausfertigung (vgl. Punkt 1 oben) zur Einbringung in den Nationalrat zuzuleiten. Gleichzeitig müßte die erforderliche Auflage von 365 Exemplaren der dem Beschluß der Bundesregierung entsprechenden Vorlage (Gesetzentwurf + Erläuternde Bemerkungen), in welcher Zahl die dem Ministerratsdienst jeweils übermittelten Ausfertigungen nicht enthalten sind, unmittelbar der Parlamentsdirektion zur Verfügung gestellt werden (Gesamtauflage).

Hiebei wäre vorzusorgen, daß auf jedem Abdruck der Gesamtauflage jeweils auf der 1. Seite (Deckblatt) oben folgende Vermerke angebracht werden:

"... der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

.....X.....

(Anm.: hier ist das Datum des voraussichtlichen Einlaufs in der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates einzusetzen, das auf Anfrage vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Amtsrat ORLICEK oder Vertreter, bekanntgegeben werden wird)

REGIERUNGSVORLAGE "

Übermittlungsvorgang

5) Um eine reibungslose und vor allem rasche Abwicklung der Einbringung von Vorlagen in den Nationalrat zu gewährleisten, wird gebeten, das nach den Punkten 1 bis 4 erforderliche Material, insbesondere auch die "Gesamtauflage" (vgl. P.4), geordnet und geheftet jeweils auf dem kürzesten Wege zu übermitteln.

Soweit sich hiebei die Notwendigkeit von Zuschriften an das Bundeskanzleramt ergibt, wollen diese mit dem Vermerk "S o f o r t" und (in den Fällen des Punktes 4 sowie in allen anderen Fällen von besonderer Dringlichkeit) mit dem Zusatz: "durch B o t e n" an das "Bundeskanzleramt Abteilung 2b - Verfassungsdienst zu Händen des Amtsrates ORLICEK oder dessen Vertreter" gerichtet werden.

- 4 -

II.

Verlautbarungen im
Bundesgesetzblatt

6) Von Verordnungen, von nicht nach Art. 50 des B.-VG. zu behandelnden Staatsverträgen und von sonstigen Kundmachungen sind - soweit sie im Bundesgesetzblatt zu verlautbaren sind (vgl. § 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt in der Fassung des Bundesgesetzes EGBL.Nr. 60/1964) - jeweils

3 Ausfertigungen

anher zu übermitteln. Dies gilt insbesondere auch für Verordnungen (Kundmachungen), die der Zustimmung (Mitwirkung) des Hauptausschusses des Nationalrates bedürfen, sobald die Zustimmung des Hauptausschusses vorliegt.

Fertigung und Datenvermerk

7) Von den unter Punkt 6 angeführten drei Ausfertigungen wäre ein Exemplar zu datieren und vom zuständigen Bundesminister bzw. von dem mit seiner Vertretung Betrauten zu fertigen, sofern es sich nicht um eine Verordnung (Kundmachung) der Bundesregierung handelt. In diesem Falle werden die erforderlichen Unterschriften der Mitglieder der Bundesregierung unmittelbar vom Bundeskanzleramt-Vorfassungsdienst eingeholt.

Übermittlungsvorgang

8) Für den Übermittlungsvorgang gilt bei Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt das zu Regierungsvorlagen Gesagte (Punkt 5 oben) sinngemäß.

III.

Außerkraftsetzung
früherer Rundschreiben

9) Durch die in den Punkten 1 bis 8 oben zusammengefaßten Richtlinien werden die bisher im Gegenstand ergangenen Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 27. Feber 1964, Zl. 140.761-2/64, vom 12. Mai 1964, Zl. 141.726-2/64, vom 10. Dezember 1964, Zl. 144.077-2/64, und vom 9. September 1966, Zl. 94.095-2/66, gegenstandslos.

Schlußbemerkungen

10) Das Bundeskanzleramt ersucht nachdrücklich, die oben im Interesse der Übersichtlichkeit zusammengefaßten, der raschen und reibungslosen Abwicklung in der Behandlung von Regierungsvorlagen

- 5 -

und Kundmachungen dienenden Richtlinien genauestens einhalten und - um die Erreichung dieses Zieles zu gewährleisten - insbesondere auch allen mit legislativen Arbeiten betrauten Stellen des do. Bereiches zur Kenntnis bringen zu wollen.

Allenfalls benötigte Mehrdrucke dieses Rundschreibens können - in beschränktem Umfange - innerhalb der folgenden zwei Wochen bei der Abteilung 2b des Bundeskanzleramtes schriftlich oder fernmündlich (Tel. 63 56 31 Kl.261) angefordert werden.

6. Mai 1968

Für den Bundeskanzler:
L o e b e n s t e i n

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
manhke